

Hartmut Bömermann, Susanne Jahn, Kurt Nelius

Lebensweltlich orientierte Räume im Regionalen Bezugssystem (Teil 1)

Werkstattbericht zum Projekt
„Vereinheitlichung von Planungsräumen“

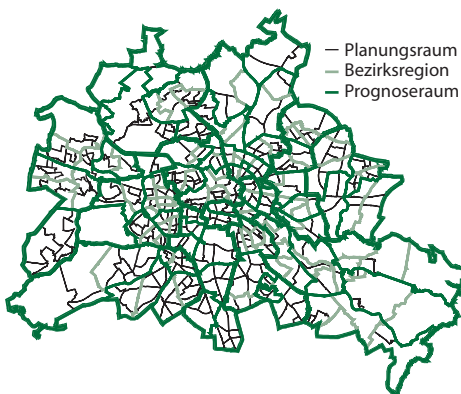
Vorbemerkung

Das Abgeordnetenhaus von Berlin erteilte im Juli 2004 dem Senat den Auftrag „Planungsräume für Fachplanungen in Berlin zu vereinheitlichen“. In der Folge wurde eine fachliche Arbeitsgruppe eingesetzt. Zentrales Ergebnis der Arbeitsgruppe ist, dass die vorhandenen Räume des Regionalen Bezugssystems (RBS), wie Statistische Gebiete, Verkehrszellen und Teilverkehrszellen, und die Planungs- bzw. Sozialräume der Jugendhilfeplanung aufgabenbedingt nicht vereinheitlicht werden können. Die Lösung besteht in der Etablierung einer neuen lebensweltlich orientierten Raumgliederung, die Bestandteil des RBS werden soll und damit künftig die Bereitstellung von statistischen Daten für die lebensweltlich orientierten Räume ermöglichen wird. Erreicht wird dadurch eine größere Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Berichten und Berichtssystemen und ein ökonomischer Ressourceneinsatz, da u. a. Umrechnungen wegfallen werden.

In diesem ersten von drei Beiträgen soll über das Projekt in seinen Grundzügen berichtet werden. Im zweiten Teil wird die Integration der lebensweltlich orientierten Räume in das RBS behandelt und im dritten Teil das strategische Controlling der Sozialen Stadtentwicklung in Berlin vorgestellt.

Ausgangslage

Das Regionale Bezugssystem (RBS) ist ein stets aktuelles zentrales datenbankgestütztes Verzeichnis aller Berliner Adressen sowie damit verbundener Raumgliederungssystematiken. Die bislang wichtigste Raumgliederung und damit das Rückgrat des RBS basiert auf den etwa 15 200 Wohnblöcken, die zu 883 Teilverkehrszellen, 338 Verkehrszellen, 195 Statistischen Gebieten und zwölf Bezirken hierarchisch zusammenlaufen. Die Einteilung des Wahlgebietes in 2 501 Wahl- bzw. Stimmbezirke, 467 Briefwahlbezirke, 78 Abgeordnetenhaus



wahlkreise und zwölf Wahlkreisverbände ist ebenfalls im RBS gespeichert. Weitere wichtige Raumgliederungen sind u. a. die Grundschuleinzugsbereiche, die Planungsräume der Jugendhilfe, die Spielplatzversorgungsbereiche sowie die polizeilichen Raumabgrenzungen. Raumgliederungen müssen nicht flächendeckend sein. Beispiele dafür sind die Quartiersmanagement- und die Sanierungsgebiete.

In der Statistik wird das RBS bei der Berichtskreispflege für die Anschriftprüfung und die Organisation von flächenbezogenen Vollerhebungen oder Stichproben sowie bei der Ergebnisaufbereitung benötigt. Bei der fachstatistischen Regionalisierung werden Sachdaten – z. B. aus der Einwohnerregisterstatistik – Raumbezügen zugeordnet, die eine Ergebnisdarstellung bzw. Datenbereitstellung auf der Ebene von Verkehrszellen oder Statistischen Gebieten ermöglichen.

Das RBS als zentrales IT-gestütztes Verzeichnis von Adressen, Strassen und Bezugsräumen in Berlin wurde Anfang der 80er Jahre aufgebaut. Vorläufer waren die Adress- und Blockseitenkartei und danach die Strassendatei, die für das automatisierte Einwohnermeldewesen benötigt wurde [1].

Eine feinräumige Differenzierung mit 8 000 Wohnblöcken wurde in Berlin-West 1950 für die Volks- und Wohnungszählungen eingeführt [2]. 1958 wurden die 97 Statistischen Gebiete konzipiert und in die Kartei übernommen [3]. Beim Zuschnitt der Statistischen Gebiete überwogen wirtschaftsstatistische Belange, so dass beispielsweise Waldgebiete mit angrenzenden Wohngebieten ein Statistisches Gebiet bilden können. Als weitere Bezugsräume wurden Mitte der 70er Jahre die Verkehrszellen vom Senator für Bau- und Wohnungswesen für die Verkehrsplanung konzipiert [4]. Bei den verkehrlichen Überlegungen kam der gleichen Flächengröße, der Siedlungsstruktur, der Flächennutzung sowie dem Verkehrsaufkommen eine große Bedeutung zu. Die Verkehrszellen werden auch für nicht verkehrliche Fragestellungen verwendet, wenn die Gliederung der Statistischen Gebiete zu grob und die Blöcke zu fein sind.

Statistische Gebiete und Verkehrszellen sind über die Jahre weitgehend unverändert geblieben, mit Ausnahme der Wiedervereinigung, als die Gliederungssystematik auch für den Ostteil der Stadt eingeführt wurde. Die zeitliche Konstanz bietet den Vorteil der längsschnittlichen Vergleichbarkeit statistischer Werte über einen langen Zeitraum hinweg. Als nachteilig wurde von den Nutzern die fehlende kleinräumliche Übereinstimmung zwischen der lebensweltlichen Realität in den Bezirken und den vorhandenen Bezugsräumen des RBS beklagt. Die Ursachen liegen zum einen im teilweise rapiden Wandel der Stadt seit dem Zuschnitt der Räume und zum anderen gibt es dafür auch strukturelle Ursachen. Dies soll exemplarisch an zwei Beispielen verdeutlicht werden.

Die stark befahrene Frankfurter Allee bildet zwischen S-Bahnring und Bahnhof Lichtenberg nicht nur eine städtebauliche Barriere zwischen den historisch gewachsenen Wohngebieten nördlich und den in den 70er Jahren südlich errichteten Plattenbauten. Auch die Sozialstruktur zwischen beiden Teilräumen unterscheidet sich deutlich. Die bisher im RBS enthaltene Teilung in zwei Verkehrszellen mit mittiger Lage der Frankfurter Allee ist vor allem verkehrlich begründet (Abbildung 1).

Die Großsiedlung Gropiusstadt hebt sich nicht nur stadtstrukturell und städtebaulich deutlich von den um-

liegenden Einfamilienhausgebieten Buckow und Rudow ab (Abbildung 2). Auch soziostrukturell sind die Unterschiede bedeutsam. Es ist deshalb sinnvoll, für diese Großsiedlung eine Anpassung an die baustrukturellen Gegebenheiten vorzunehmen. Im RBS liegt die Großsiedlung innerhalb von drei Verkehrszellen, die (verkehrsplanerisch und historisch begründet) auch große Areale an Einfamilienhausgebieten beinhalten.

Um diese Nachteile aufzulösen, wurde das Projekt „Vereinheitlichung von Planungsräumen“ eingesetzt.

Berlin hat als Ballungsraum mit dem RBS – wie andere Stadtstaaten auch – gegenüber den Flächenländern einen Vorsprung. Allerdings erkennen auch die Flächenländer zunehmend die Bedeutung des Raumbezugs für die amtliche Statistik. Die nächste Volkszählung soll unter Nutzung von Geographischen Informationssystemen (GIS) durchgeführt werden.

Planungsräume – Grundlage für raumbezogene ämterübergreifende Planungen und Verfahren in Berlin

Räume für sektorale Planungen gibt es für (Groß-)Berlin schon seit nahezu einem Jahrhundert. Eine Vereinheitlichung wurde im Allgemeinen nicht angestrebt. Traditionell haben die Fachverwaltungen im Berliner Planungssystem (Ressortprinzip) eine starke Position.

Anstöße zu einer (teil)raumorientierten, ämterübergreifenden Planung mit entsprechenden Bezugsräumen gab es nichtsdestotrotz seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. Die wichtigsten Meilensteine seien in Erinnerung gerufen:

- Bericht Neustrukturierung der sozialen Dienste [5]
Im Jahr 1974 wurde im Auftrag des damaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin (West) von der Senatskanzlei/Planungsleitstelle ein Bericht zur Neustrukturierung der sozialen Dienste vorgelegt. Hierin sind die seit 1972 erarbeiteten ersten Ansätze einer sozialraumbezogenen Planung enthalten.
- Stadtteilinitiative „Strategien für Kreuzberg“ [6]
Als Initialzündung kann das Projekt „Strategien für Kreuzberg“ genannt werden, das 1977 auf Initiative der Evangelischen Kirchengemeinden in SO 36 (heute: Bezirksregion südliche Luisenstadt) als Projekt der Stadtteilerneuerung entwickelt und mit Senat und Bezirk umgesetzt wurde. Die Vorgehensweise der „Strategien für Kreuzberg“ (ohne Sanierungsgebietsstatus) markiert den Zeitpunkt eines generellen Umschwunges einer weniger an den Wohnungen, sondern mehr am Stadtteil, seinen Bewohnern und ihrer Bedürfnisse orientierten Stadterneuerung. Der Stadtteil als Lebensraum trat in den Fokus von Planung und Politik.
- Teilräumliche Bereichsentwicklungsplanung [7], [8], [9]
Seit Ende der 70er Jahre gibt es die räumliche Bereichsentwicklungsplanung (BEP), in der alle raumrelevanten Fachplanungen und die Landschaftsplanung integriert und koordiniert werden sollen. Alle zwölf Bezirke von Berlin (West) wurden jeweils in 2 bis 5 so genannte Mittelbereiche (MiB) eingeteilt. Die durchschnittliche Einwohnerzahl von über 50 000 ist so hoch, dass Bürgerbeteiligung und -aktivierung mit der BEP von Anfang an nur begrenzt erfolgreich sein konnte. Schon die MiB sollten „lebensweltlich orientiert“ abgegrenzt werden [10]. Da jedoch die Statistischen Gebiete als alleinige Grundlage für

Abb. 1 Mittige Lage einer Magistrale in einer Verkehrszelle

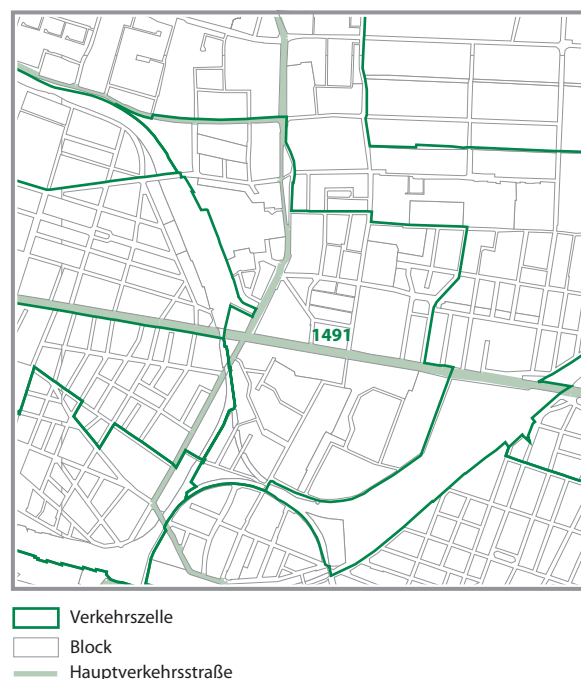
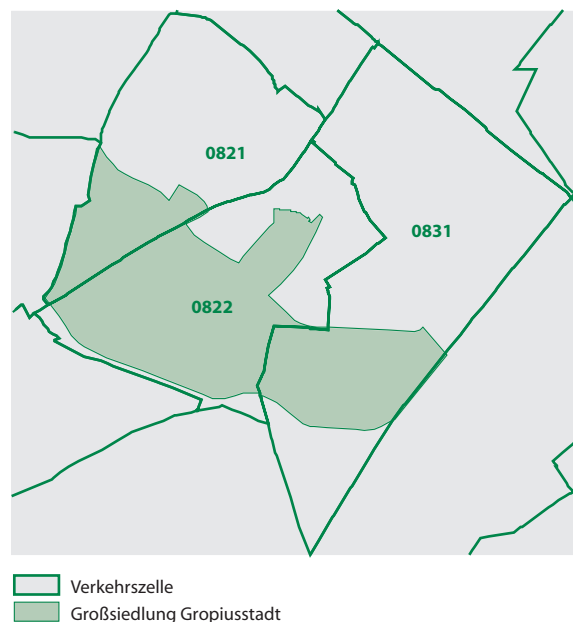


Abb. 2 Verkehrszellen umgrenzen Großsiedlungen nicht trennscharf



die Abgrenzung herangezogen wurden, konnte eine „lebensweltlich“ begründete Abgrenzung nicht konsequent vorgenommen und durchgesetzt werden. Dadurch war die Akzeptanz der BEP bei den lebensweltlich orientierten Fachplanungen der sozialen und grünen Infrastruktur von vorneherein eingeschränkt. Jugendhilfeplanung [11]
Die Sozialraumorientierung als ämterübergreifender und raumorientierter Ansatz wird insbesondere seit den 80er Jahren in der Jugendhilfe angewendet. Die seit dem Achten Jugendbericht der Bundesregierung 1990 veröffentlichten Prinzipien „Strukturmaximen der

Jugendhilfe“ (Prävention, Dezentralisierung, Alltagsorientierung, Integration, Partizipation und Lebensweltorientierung) flossen in das Kinder- und Jugendhilfegesetz ein und prägen die fachliche Ausrichtung der Berliner Jugendhilfe bis heute. Eine Zusammenarbeit mit den anderen Sektorplanungen war gefordert. Entsprechende Arbeitsgruppen – Kiez-AGs für alle im Stadtteil agierende Ämter und Träger wurden aufgebaut. Die Jugendhilfe als Sektorplanung gab auf diese Weise den entscheidenden Anstoß zur ämterübergreifenden sozialraumorientierten Arbeit in den Berliner Bezirken zumindest auf der Kiezebene. Der Aufbau eines Fach-Monitoring begann seit Ende der 90er Jahre. Hierfür wurden für die Kieze regelmäßig Datenerhebungen /-zusammenstellungen benötigt.

- Quartiersmanagement [12], [13]

Seit Ende der 90er Jahre gibt es das Berliner Quartiersmanagement; mittlerweile laufen 33 Verfahren. Mittels räumlich ausgerichteter, ressortübergreifender Maßnahmen soll gegen soziale Defizite und deren Ursachen in sozial besonders belasteten Gebieten vorgegangen werden. Dabei sollen die Akteure und Bürger im Kiez aktiviert werden. Die Gebietsauswahl erfolgte auf Grundlage des Monitoring „Soziale Stadtentwicklung“, das erstmals 1998 veröffentlicht wurde und seitdem ca. alle 2 Jahre erstellt wird.

- Integrierte Zusammenarbeit in den Bezirken und im Senat

Seit den letzten Jahren – nicht zuletzt angestoßen durch Prozesse am Rande von Bezirksreform und -zusammenlegung – etablierten sich in vielen Bezirken Arbeitsgruppen zur Koordinierung sektoraler Planungen auf Amtsleiterbene. Synergien durch Ressourcenbündelung sollen genutzt und eindeutige Aussagen und Planungen für das Bezirksamt vorgelegt werden, die möglichst für alle Ämter gelten. Der Bezirk Mitte hat dies auch mit einer entsprechenden Bezirksentwicklungsplanung dargestellt (unter Nutzung des im Aufbau befindlichen Informationssystems ISIS, durch das u.a. die Entwicklung der sozialen und grünen Infrastruktur und die Nutzung der entsprechenden Immobilien sichtbar werden). Im Bezirk Mitte werden die lebensweltlich orientierten Räume schon heute – neben Analysen auch für die Planung z. B. der Jugendhilfe, der Hilfe zum Lebensunterhalt, der Kindertagesstätten und der Jugendfreizeitheimen – verwendet. Die Entwicklung ist jedoch nicht in allen Bezirken gleich weit fortgeschritten.

Dem Senat obliegt die politische Steuerung der sozialen Stadtentwicklung. Er entwickelt z. Zt. eine Rahmenstrategie, die u.a. die zwei Bausteine „Strategisches Controlling“ und „ressortübergreifende Sozialraumorientierung“ umfasst. Erste Ergebnisse wurden im Sommer 2006 beschlossen.

Berlinweit umgesetzt wird das Prinzip der Sozialraumorientierung z. Zt. in der Jugendhilfeplanung und beim Quartiersmanagement. Die Sozial- und Gesundheitsplanung plant, das Prinzip verstärkt anzuwenden.

Projektauftrag und Projektziel

Zur Erfüllung des Auftrags des Abgeordnetenhauses, „Planungsräume für Fachplanungen in Berlin zu vereinheitlichen“, bildete sich unter Federführung des Statistischen Landesamtes eine fachliche Arbeitsgruppe

(bestehend aus Vertretern der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung / Bildung, Jugend und Sport / Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz sowie Inneres). Die Arbeitsgruppe erstellte einen Zwischenbericht, der vom Senat Anfang November 2005 beschlossen und am 7. November 2005 dem Abgeordnetenhaus von Berlin vorgelegt wurde. [14]

Zentrales Ergebnis dieses Zwischenberichts war, dass die vorhandenen Räume des RBS (Statistische Gebiete, Verkehrszellen, Teilverkehrszellen) und die lebensweltlich orientierten Planungs- bzw. Sozialräume der Jugendhilfeplanung aufgabenbedingt nicht vereinheitlicht werden können. Die bisherige kleinräumige Bereitstellung von soziostrukturellen Daten ausschließlich auf der Ebene der Verkehrszellen und Statistischen Gebiete ist für die auf lebensweltlich orientierte Räume auszurichtenden Fachplanungen z. B. der Jugend-, Gesundheits- und Sozialämter nicht zweckmäßig und verursacht einen nicht unerheblichen Mehraufwand. Die nach einheitlichen Kriterien gebildeten und abgestimmten lebensweltlich orientierten Räume ermöglichen eine aufgabengerechte Datenbereitstellung. Hierfür soll eine neue (lebensweltlich orientierte) Raumhierarchie – durch die auf der Grundlage von bezirklicher Jugendplanung bereits definierten Sozial- und Planungsräumen – in das bestehende RBS integriert werden.

Wesentliche Kriterien für die zu vereinheitlichende Raumabgrenzung sind:

- das Homogenitätsprinzip (z. B. ähnliche Bau-, Sozial- und Milieustruktur),
- die Barriereorientierung (z. B. Verkehrsstrassen als Raumgrenzen),
- die Vorgabe von Einwohnerunter- und -obergrenzen,
- das Erfordernis einer Kompatibilität mit Block- und Bezirksgrenzen,
- keine Enklaven in Gebieten oder Exklaven von Gebieten.

Die lebensweltlich orientierten Räume sollten zudem hierarchisch kompatibel aufgebaut werden, um Analyse, Planung, Prognose und darüber hinaus auch die Verwaltungsorganisation auf einheitliche Raumbezüge orientieren zu können. Die Ebenen einer neuen Raumhierarchie sollten schließlich berlinweit einheitliche Bezeichnungen erhalten.

Die bisherige Raumhierarchie des RBS soll nicht entfallen, sondern beibehalten werden, um anderen Fachplanungen (z. B. Verkehrsplanung) die für ihre Zwecke notwendigen Daten weiterhin verfügbar zu halten, aber auch um für Schlüsseldaten (z. B. Einwohnerentwicklung) lange Zeitreihen bilden zu können. Für eine Übergangszeit werden Daten auch für die alten Räume bereitzustellen sein, damit Vergleiche möglich sind.

Projektbeteiligte und Projektablauf

Der Senatsbeschluss vom 1. November 2005 sieht vor, dass „die Steuerung des [...] Prozesses zur schrittweisen Vereinheitlichung von Planungsregionen [...] durch eine aus Vertretern der Senatsverwaltungen für Bildung, Jugend und Sport; Gesundheit und Soziales sowie Stadtentwicklung gebildete Arbeitsgruppe erfolgt. Aus Gründen der erforderlichen statistisch-wissenschaftlichen Unterstützung und der fachlichen Neutralität wird die Federführung durch das Statistische Landesamt wahrgenommen.“

Die Arbeitsgruppe – unterstützt durch Jahn, Mack & Partner – startete am 15. Dezember 2005 mit einem Auftakttermin aller Akteure im Roten Rathaus zur Vermittlung des Senatsauftrags:

... im Dialog „mit und gegebenenfalls in den Bezirken zur ressortübergreifenden Abstimmung bzw. Akzeptanz und Einführung der „neuen“ Planungsraumhierarchie in das RBS, ... eine bezirksübergreifende Vergleichbarkeit und eine sprachliche Vereinheitlichung der Begriffe herbeizuführen.“

Die Vertreter der Senatsverwaltungen in der Arbeitsgruppe und alle Bezirke mit jeweils mehreren Fachvertretern (Steuerungsdienst, Stadt-, Jugendhilfe-, Sozial-, Gesundheitsplanung), waren zum Auftakt-Termin eingeladen.

Gleichzeitig wurden alle zwölf Bezirke gebeten, jeweils eine Arbeitsgruppe „Planungsräume“ der betroffenen Fachverwaltungen zu bilden, bzw. einer vorhandenen AG den Auftrag zur Abstimmung zu übergeben. Je bezirklicher Arbeitsgruppe wurde ein Ansprechpartner des Bezirkes benannt (Kordinatorin oder Koordinator). Die Arbeitsgruppe der Senatsverwaltung wurde um fünf Bezirksvertreter (als Vertreter der einzelnen Fachämter) erweitert.

Die Arbeitsgruppen der Bezirke wie auch der Senatsverwaltung sollten auch nach Projektabschluss Bestand haben, um die Kommunikation mit der kürzlich eingerichteten Clearingstelle beim Statistischen Landesamt zu ermöglichen (enge Abstimmung zwischen den Daten verarbeitenden Fachverwaltungen).

Jahn, Mack & Partner hat die Stände der Bearbeitung zum Thema „Planungsräume in den Bezirken“ in Dossiers im Februar 2006 aufbereitet. Diese waren Grundlage der Abstimmungsgespräche mit den bezirklichen AG, die bis März 2006 stattfanden. In jedem Bezirk hat es einen Termin mit Vertretern des Statistischen Landesamtes, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Jahn, Mack & Partner gegeben. Die Bezirke einigten sich auf Grundlage des Ergebnisses des Gespräches auf ihre Zuschnitte der Planungsebenen der lebensweltlich orientierten Hierarchie entsprechend der Vorgaben (siehe „Projekt-auftrag und Projektziel“).

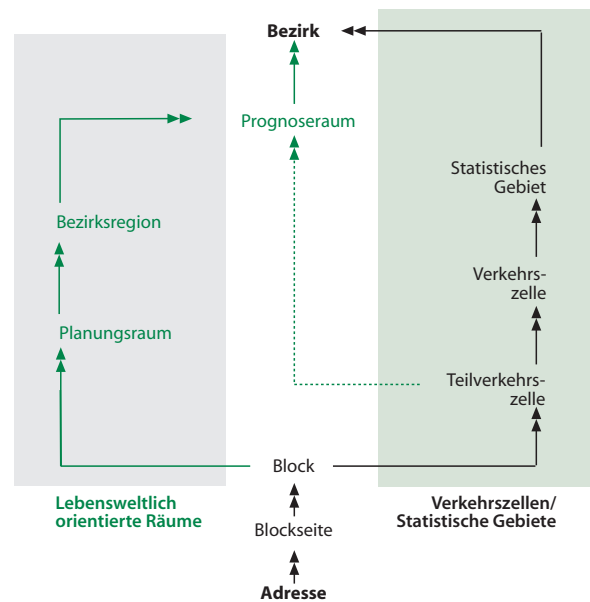
Nach der Dokumentation der Ergebnisse wurde am 1. Juni 2006 eine Abschlussveranstaltung mit den Schlüsselakteuren bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung durchgeführt. Dabei wurde gemeinsam die fachliche Abstimmung des Projektberichtes festgestellt und die Beteiligten über die Vorbereitung der politischen Abstimmung auf Senatsebene (Senatsvorlage, Beteiligung des Rats der Bürgermeister) informiert. Die politische Abstimmung in den Bezirken war bis zu diesem Zeitpunkt schon weit gediehen.

Am 1. August 2006 hat der Senat den Bericht „Vereinheitlichung von Planungsräumen“ beschlossen. Am 17. August folgte die Kenntnisnahme des Senatsbeschlusses durch den Rat der Bürgermeister – ohne Aussprache – d. h. im Konsens. Damit sind die lebensweltlich orientierten Räume (LOR) und die Bezeichnungen für die Raumebenen („Planungsraum“, „Bezirksregion“ und „Prognoseraum“ verbindlich geworden.

Inhalt des Berichts „Vereinheitlichung von Planungsräumen“ [15]

Entsprechend des Auftrags sind die lebensweltlich orientierten Planungsräume berlinweit vereinheitlicht.

Abb. 3 Hierarchische Räume im Regionalen Bezugssystem



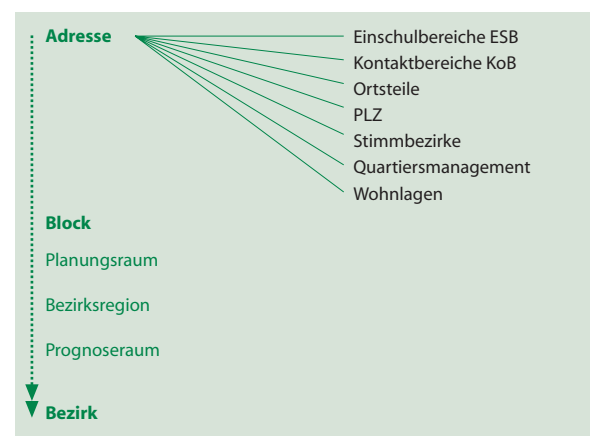
Die Ebenen der neuen lebensweltlich orientierten RBS-Raumhierarchie heißen:

- Planungsräume
446 Räume – als unterste Ebene; vorrangig für Analyse und Planung, mit durchschnittlich ca. 7 500 Einwohnern;
- Bezirksregionen
134 Räume – als mittlere Ebene; vorrangig für die ämterübergreifende Verwaltungsorganisation, mit durchschnittlich ca. 25 000 Einwohnern;
- Prognoseräume
60 Räume – als obere Ebene; vorrangig für die kleinräumige Bevölkerungsprognose, mit durchschnittlich ca. 60 000 Einwohnern.

Für jeden Bezirk liegt ein abgestimmtes Dossier mit der Karte der Abgrenzungen, Namen sowie Nummerierungen der Planungsräume, der Bezirksregionen sowie der Prognoseräume vor.

In Abbildung 3 sind die zwei hierarchischen Raumgliederungen dargestellt, die für Planungsarbeiten von Bedeutung sind, und zwar die seit langem etablierte Hierarchie von Verkehrszellen und Statistischem Gebiet sowie die neue Gliederung der lebensweltlich orientierten Räume (LOR). Beide Hierarchien sind blockscharf, d.h.

Abb. 4 Spezielle Räume im Regionalen Bezugssystem



sie schneiden keine Blöcke, und beide Stränge laufen auf der Ebene der Bezirke wieder zusammen. Eine Besonderheit ist die quer laufende Verbindung der zwei Stränge, da sich die Prognoseräume aus Teilverkehrszellen bilden lassen. Dadurch kann auch die Verkehrsplanung die Bevölkerungsprognose für ihre Zwecke kleinräumig anwenden.

Auch nach der erfolgten Einführung der lebensweltlich orientierten Räume wird es weiterhin spezielle Bezugsräume (Abbildung 4) geben, die sich in keine Hierarchie einfügen lassen, wie Quartiersmanagement- oder Sanierungsgebiete.

Am Beispiel des Bezirks Mitte (3. Umschlagseite) soll die Einteilung in die neuen Räume gezeigt werden. Jede Ebene hat einen zweistelligen Schlüssel und einen Eigennamen. In der Abbildung sind die vier Prognoseräume rot beschriftet, die Namen der zehn Bezirksregionen sind türkis und die untere Ebene der 41 Planungsräume ist blau beschriftet.

Abstimmungsstand in den Bezirken

Die Inhalte des Berichts sind mit den lebensweltlich orientierten Fachplanungsämtern der Bezirke und den involvierten Senatsverwaltungen, aber auch mit den an anderen Kriterien ausgerichteten Fachplanungen (z.B. Verkehr) sowie dem Statistischen Landesamt einvernehmlich erarbeitet worden. Damit sind die Inhalte des Berichts ämterübergreifend fachlich abgestimmt.

Die politische Abstimmung in den zwölf Bezirken stellt sich (mit Stand des Senatsbeschlusses, d.h. zum 1. August 2006) wie folgt dar:

- für zehn Bezirke (Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg Reinickendorf) liegen Bezirksamtsbeschlüsse vor und
- zwei Bezirke (Neukölln, Pankow) wollen auf einen politischen Beschluss verzichten, weil zum einen mit den Räumen schon seit Jahren praktisch gearbeitet wird und zum anderen die betroffenen Stadträte bei der inhaltlichen Abstimmung beteiligt waren.

Weiteres Vorgehen

Der Senat hat am 13. Juni 2006 mit Senatsbeschluss über die „Entwicklung einer gesamtstädtischen ressortübergreifenden Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung Berlin“ u.a. die zwei strategischen Bausteine

- Ressortübergreifende Sozialraumorientierung und
 - Strategisches Controlling
- als konzeptionelle Entwürfe zur Kenntnis genommen [16]. Dem Rat der Bürgermeister ist auch diese Vorlage unterbreitet worden.

Demnach soll gemäß Baustein „Ressortübergreifende Sozialraumorientierung“ die Umsetzung der ämterübergreifenden Sozialraumorientierung vorangetrieben werden. In diesem Rahmen sind parallel sowohl Funktion als auch Anwendung der lebensweltlich orientierten

Planungsräume in den Bezirken zu erproben bzw. weiterzuentwickeln.

Im Baustein „Strategisches Controlling“ ist vorgesehen, Monitoring und Evaluation der Sozialen Stadtentwicklung durch einen abgestimmten Datenpool mit abgestimmten Raum- und Zeitbezügen sicherzustellen.

Der vorgelegte Bericht „Vereinheitlichung von Planungsräumen“ stellt für diese beiden strategischen Bausteine die wesentliche räumliche Grundlage dar.

Die Berliner Bevölkerungsprognose wird künftig auf die neuen „Prognoseräume“ ausgerichtet. Damit werden die spezifischen Bedürfnisse der lebensweltlich orientierten Fachplanungen besser berücksichtigt werden können. Die Bedarfsträger für Einrichtungen der sozialen und grünen Infrastruktur können künftig den „demographischen Wandel“ passgenauer in ihre Zukunftsplanungen mit einbeziehen (z. B. Spielplatz-, Kindertagesstätten-, Jugendhilfe-, Seniorenfreizeitheimplanung). Aber auch die Verkehrsplanung kann weiterhin die Bevölkerungsprognose für ihre Zwecke nutzen, da eine Kompatibilität zwischen Teilverkehrszellen und (neuem) Prognoseräum sichergestellt ist (Abbildung 3).

Die bewährte Struktur der fachlichen Arbeitsgruppe „Vereinheitlichung von Planungsräumen“ soll in die Organisationsstruktur der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Soziale Stadtentwicklung“ des Senats einfließen und dort als Facharbeitsgruppe „Strategisches Controlling“ fortgeführt werden.

Schlussbetrachtung

Die Anpassung der Planungsräume mit der Vereinheitlichung der Bezeichnungen schien ein kaum zu bewältigendes Projekt zu sein, zu unübersichtlich war die Materie und zu gegensätzlich die Interessen der Akteure. Tatsächlich konnte das Projekt aber in sehr kurzer Zeit erfolgreich durchgeführt werden. Möglich war dies nur, weil alle Beteiligten kompromissbereit waren und sehr konstruktiv mitgewirkt haben. Für das Statistische Landesamt Berlin fiel das Projekt in ein günstiges Zeitfenster, da durch die Fusion der Statistikämter Berlin und Brandenburg zu einem gemeinsamen Amt für Statistik die Arbeiten innerhalb der Anstalt neu geordnet werden müssen. Mit der Vereinheitlichung der Planungsräume ist eine gute räumliche Grundlage für die künftige Kommunalstatistik Berlins gelegt.

Dipl. Soz. Susanne Jahn ist Gesellschafterin des Planungsbüros Jahn, Mack und Partner, Berlin, Dipl. Soz. Hartmut Bömermann ist Leiter des Regionalen Bezugssystems und des Datenzentrums im Statistischen Landesamt Berlin, Dipl.-Ing. Kurt Nelius ist Gruppenleiter in der Abteilung Stadt- und Landschaftsplanung bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Quellennachweis

- [1] Evers, K.: Das regionale Bezugssystem (RBS) als Instrument zur Bereitstellung von Planungsinformationen und als Dienstleistung für die Berliner Verwaltung; „Berliner Statistik“ – Monatsschrift 1980, Heft 9, S. 188-200.
- [2] Schlier, O.: Die Blockeinteilung Berlins; „Berliner Statistik“ – Monatsschrift 1950, Heft 7, S. 143-157.
- [3] Katsch, K. H.: Die Einteilung der Fläche Berlin (West) in „Statistische Gebiete“; „Berliner Statistik“ – Monatsschrift 1961, Heft 3, S. 54-55.
- [4] Gemeinhardt, D. / Okuwobi, A.: Neueinteilung der Fläche Berlin (W) in Verkehrszellen nach verkehrsplanerischen Gesichtspunkten; Gutachten der Firma IVP im Auftrag der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, Berlin 1973.
- [5] Regierender Bürgermeister von Berlin: Planungsteam und Planungsausschuß, Neustrukturierung der sozialen Dienste – Abschlußbericht; Berlin 1974.
- [6] Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen: Strategien für Kreuzberg; Berlin 1979.
- [7] Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen: Hinweise zur Erarbeitung von räumlichen Entwicklungsplänen für Mittelbereiche; Berlin 1978.
- [8] www.berlin.de/ba-lichtenberg/verwaltung/stadtentwicklung/stapl.html (26.7.06)
- [9] www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/org/stadtplanung/index.html (26.7.06)
- [10] Nelius, K. / Pontani, W.: Das Berliner Planungssystem: Rahmenbedingungen, Struktur und Perspektiven; Diplomarbeit TU Berlin 1982, S. 244-245.
- [11] Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport: Sozialraumorientierung in der Berliner Jugendhilfe; Berlin 2002 (URL: // www.senbjs.berlin.de/jugend/jugendpolitik/gesamtjugendplanung/sozialraumorientierung_positionspapier.pdf) (26.7.06).
- [12] www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/index.shtml (26.7.06)
- [13] www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung.de (26.7.06)
- [14] Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 15/4475.
- [15] Vereinheitlichung von Planungsräumen; Gutachten der Firma Jahn, Mack & Partner im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, 2006.
- [16] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung: Anlagen 3 a und 3 b zum Senatsbeschluss vom 13. Juni 2006 über die „Entwicklung einer gesamtstädtischen ressortübergreifenden Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung Berlin – Zwischenbericht“.

Neuerscheinungen

Juni 2006

Statistische Berichte

- Einbürgerungen in Berlin
2005
A 19 jährlich
4,00 EUR Best. Nr.: **110.7**
- Allgemein bildende Schulen in Berlin
Schülerbewegung
Schuljahr 2003/2004
B 11 jährlich
4,00 EUR Best. Nr.: **140.1a**
- Studierende an Hochschulen in Berlin
Wintersemester 2005/2006
vorläufige Ergebnisse
B III 1 jährlich
4,00 EUR Best. Nr.: **160.2**
- Sportvereine in Berlin
am 1. Januar 2006
B V / S jährlich
4,00 EUR Best. Nr.: **180.1**
- Verarbeitendes Gewerbe in Berlin
(sowie Bergbau und Gewinnung
von Steinen und Erden)
März 2006
E 11 monatlich
6,00 EUR Best. Nr.: **250.1**
- Verarbeitendes Gewerbe in Berlin
Auftragsleistungsindex, Umsatzindex
April 2006
E 13 monatlich
4,00 EUR Best. Nr.: **250.4**
- Baugewerbe in Berlin
März 2006
E II 1 / E III 1 monatlich
4,00 EUR Best. Nr.: **260.1**
- Baugenehmigungen in Berlin
April 2006
F II 1 monatlich
4,00 EUR Best. Nr.: **270.2**
- Baugenehmigungen und Bauüberhang in Berlin
2005
F II 1 / F II 3 jährlich
4,00 EUR Best. Nr.: **270.3**
- Baufertigstellungen in Berlin
Februar 2006
F II 2 monatlich
4,00 EUR Best. Nr.: **270.4**
- Umsatz und Beschäftigung im Handel,
Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe
in Berlin
März 2006
G I 1 / G IV 3 monatlich
4,00 EUR Best. Nr.: **280.1**
- Fremdenverkehr und
Beherbergungskapazitäten in Berlin
März 2006
G IV 1 / G IV 2 monatlich
4,00 EUR Best. Nr.: **280.2**
- Straßenverkehrsunfälle in Berlin
Februar 2006
H 11 monatlich
4,00 EUR Best. Nr.: **300.1**
- Straßenverkehrsunfälle in Berlin
März 2006
H 11 monatlich
4,00 EUR Best. Nr.: **300.1**
- Berliner Binnenschifffahrt
Januar, Februar, März 2006
H II 1 vierteljährlich
4,00 EUR Best. Nr.: **300.2**
- Verbraucherpreisindex für Berlin
Februar 2006
M 12 monatlich
4,00 EUR Best. Nr.: **340.1**
- Verbraucherpreisindex für Berlin
März 2006
M 12 monatlich
4,00 EUR Best. Nr.: **340.1**
- Verbraucherpreisindex für Berlin
April 2006
M 12 monatlich
4,00 EUR Best. Nr.: **340.1**
- Messzahlen für Bauleistungspreise und
Preisindizes für Wohn- und Nichtwohngebäude
in Berlin
Februar 2006
M 14 vierteljährlich
4,00 EUR Best. Nr.: **350.1**
- Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden
Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungs-
gewerbe in Berlin
Januar 2006
N 14 vierteljährlich
4,00 EUR Best. Nr.: **360.1**
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
für Berlin
1991 bis 2005
P 12 (1) jährlich
6,00 EUR Best. Nr.: **370.2**

Zusammenstellung der Realsteuer- Hebesätze aller Städte und Gemeinden Deutschlands erschienen

Welche der 12 365 deutschen Städte und Gemeinden bietet Unternehmen günstigste Gewerbesteuer-Hebesätze? Welche deutsche Kommune verlangt Hauseigentümern die höchsten Grundsteuer-Hebesätze ab? Diese und weitere Fragen lassen sich anhand der jetzt für das Jahr 2005 in Dateiform vorliegenden bundesweiten Übersicht über kommunale Hebesätze der Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen), der Grundsteuer B (für andere Grundstücke) und der Gewerbesteuer beantworten. Die Zusammenstellung ist eine Gemeinschaftsproduktion der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

- Die EXCEL-Datei mit den Hebesätzen der Realsteuern 2005 wird auf Bestellung per E-Mail zugesandt. Der Preis beträgt 20,00 EUR.

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Statistisches Landesamt Berlin
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: info@statistik-berlin.de
M.Rohrbeck@statistik-berlin.de
<http://www.statistik-berlin.de>

Tel.: 030 9021-3434
030 9021-3899

Fax: 030 9021-3655